

## Geschäftsfeldspezifische Qualifizierung für den Second Hand Sektor „Fachkraft Elektroaltgeräte“



### Leitfaden zur Implementierung und Finanzierung des Qualifizierungskonzeptes in Deutschland

Danny Franke  
Dr. Albrecht Iwersen

#### **Kontakt in Deutschland:**

Danny Franke  
ZiB e.V. – Zentrum für interkulturelle  
Bildung und Arbeit e.V.  
Kurt-Fischer-Str. 27a  
D – 22926 Ahrensburg  
Tel.: +49 (0) 4102 455696  
[franke@zibev.de](mailto:franke@zibev.de)  
[www.zibev.de](http://www.zibev.de)

#### **Projektkoordination**

Heike Arold – INBA Institut nachhaltige  
Berufsbildung und Arbeit  
Tel.: +49 (0) 4331 148791  
[arold@inba-sh.de](mailto:arold@inba-sh.de)  
[www.inba-sh.de](http://www.inba-sh.de)  
Ralf Kaufmann – nordprojekte  
Kaufmann&Partner  
Tel.: +49 (0) 4331 – 7707711  
[kaufmann@nordprojekte.de](mailto:kaufmann@nordprojekte.de)  
[www.nordprojekte.de](http://www.nordprojekte.de)

## Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Beschreibung des Berufsbildungssystems in Deutschland.....	3
2.1. Berufsausbildung .....	4
2.1.1. Berufsausbildung - betrieblich .....	4
2.1.2. Berufsausbildung - schulisch .....	5
2.2. Hochschulausbildung .....	6
3. Vorschlag zur Umsetzung bzw. Etablierung des Konzeptes in Deutschland .....	6
4. Vorschlag zur Finanzierung des Konzeptes in Deutschland.....	9
5. Ausblick .....	9

## 1. Einleitung

Als deutscher Partner im EU-Projekt QualiProSH E haben wir die Fortbildung zur Fachkraft für Elektroaltgeräte in zwei sozialwirtschaftlichen Betrieben in Schleswig-Holstein erprobt. Schon während der Erprobung stellte sich die Frage, wie diese Fortbildung in die deutschen Berufsbildungs- bzw. Qualifizierungssysteme integriert werden kann, damit auch weiterhin auf längere Sicht Nutzen aus den Ergebnissen gezogen werden kann. Dabei kristallisierte sich als erstes Ergebnis heraus, dass sich eine Integration vor allem für berufsfördernde und qualifizierende Maßnahmen bei bereits im Erwerbsleben stehenden oder arbeitslosen Personen anbietet. Ein besonderer Fokus bei dieser Fortbildung liegt auf der Integration von sozial Benachteiligten.

## 2. Beschreibung des Berufsbildungssystems in Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Schulen und Hochschulen bei den Bundesländern (Kulturhoheit). Die allgemeinbildenden wie die berufsbildenden Schulen, aber auch die Hochschulen sind in ihrer großen Mehrzahl staatliche Einrichtungen. Private Bildungseinrichtungen, deren Genehmigung, staatliche Anerkennung und finanzielle Förderung sind in besonderen Gesetzen der Länder geregelt und spielen bisher, gemessen an der Zahl der Schüler und Studenten, eine untergeordnete Rolle.

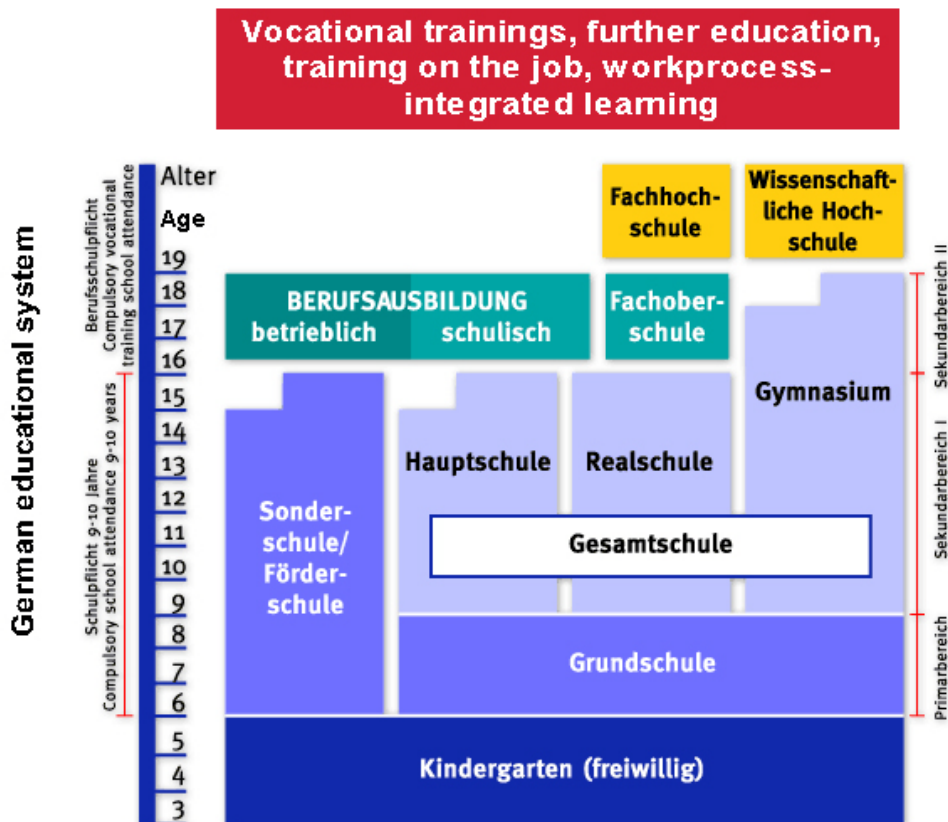


Abb1. Deutsches Bildungssystem

## **2.1. Berufsausbildung**

In Deutschland bestehen zwei Formen der Berufsausbildung. Die meisten Jugendlichen erlernen ihren Beruf in einer betrieblichen Berufsausbildung, in Handwerks- oder Industriebetrieben, im Einzelhandel, in Verwaltungen, in Arztpraxen, Anwaltskanzleien oder im öffentlichen Dienst. Während der Ausbildung besucht man auch die Berufsschule. Eine Reihe von Berufen, etwa im medizinischen oder sozialen Bereich, kann man nur an einer Schule erlernen (Fachschule oder Berufsfachschule) (vgl. <http://www.kvgalen-schule.de/bildungswesen.htm>).

### **2.1.1. Berufsausbildung - betrieblich**

#### **Voraussetzungen**

Gesetzlich ist kein bestimmter Schulabschluss vorgeschrieben. Man muss sich bei dem Betrieb direkt bewerben. Die Betriebe wählen aus und achten dabei auch auf die Zeugnisnoten. Ohne Schulabschluss ist es schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. In einigen Berufen - zum Beispiel im kaufmännischen Bereich - erwarten die Betriebe mindestens einen mittleren Bildungsabschluss. Auch viele Jugendliche mit Abitur entscheiden sich für eine betriebliche Ausbildung. Ohne gute - in Büroberufen sehr gute - Deutschkenntnisse ist eine Ausbildung nicht möglich.

#### **Ausbildung**

Die Ausbildung dauert bei den meisten Berufen drei oder dreieinhalb Jahre. Sie kann bei guten Leistungen oder besonderer Vorbildung auch verkürzt werden. Die Auszubildenden lernen an drei bis vier Tagen im Ausbildungsbetrieb, und besuchen an ein bis zwei Tagen den Unterricht der Berufsschule. Dieser Unterricht kann zu Blöcken von mehreren Wochen zusammengefasst werden. Neben dem fachbezogenen Unterricht haben die Jugendlichen auch allgemeinbildende Fächer wie Deutsch, Sozialkunde und Englisch. Im Betrieb sind geschulte und erfahrene Ausbilder oder Meister für die Betreuung der Jugendlichen zuständig. In Großbetrieben gibt es meist spezielle Ausbildungszentren mit eigenen Werkstätten. In den Berufsschulen unterrichten Lehrkräfte mit spezieller universitärer Ausbildung.

#### **Rechtliche Grundlagen**

Die Ausbildungen sind durch das Berufsausbildungsgesetz und die Handwerksordnung bundeseinheitlich geregelt. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nur in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Der Staat will damit die Qualität der Ausbildung sicherstellen. In den Ausbildungsordnungen ist zum Beispiel festgelegt, wie lange die Ausbildung dauert, welche Qualifikationen zu vermitteln sind, und wie die Ausbildung gegliedert ist und was in den Prüfungen gefordert wird. Vor Beginn der Berufsausbildung muss ein schriftlicher Ausbildungsvertrag geschlossen werden, der bei den zuständigen Kammern in ein spezielles Verzeichnis eingetragen wird. Durch das Jugendarbeitsschutzgesetz sind Kinder und Jugendliche in Betrieben besonders geschützt (z.B. im Hinblick auf

Arbeitszeiten, bei Unfall, gesundheitlicher und sittlicher Gefährdung). Für die Berufsschule gelten die jeweiligen Schulgesetze der Bundesländer.

### **Berufsabschlüsse**

Die Ausbildungen führen zu anerkannten Berufsabschlüssen. Dazu muss vor der zuständigen Kammer (z.B. Handwerkskammer oder Industrie- und Handelskammer) eine Abschlussprüfung mit praktischem und theoretischem Teil abgelegt werden. Nach bestandener Prüfung wird ein Gesellen- oder Facharbeiterbrief ausgehändigt.

### **Finanzierung**

Die Jugendlichen erhalten eine Ausbildungsvergütung. Sie ist tariflich geregelt und je nach Beruf unterschiedlich hoch (etwa zwischen 400 und 1500 DM im Monat). Während der Ausbildungszeit ist man versichert (Krankheit, Rente, Arbeitslosigkeit, Unfall). Für die Auszubildenden entstehen Kosten nur für Lernmittel, Essen, Arbeitskleidung, Fahrten zum Betrieb und zur Berufsschule. Manche Betriebe geben dafür Zuschüsse. Wenn bestimmte persönliche Voraussetzungen vorliegen, kann auch eine Berufsausbildungsbeihilfe durch das Arbeitsamt gezahlt werden.

## **2.1.2. Berufsausbildung - schulisch**

### **Voraussetzungen**

Die Zugangsvoraussetzungen sind gesetzlich geregelt. Je nach Bundesland kann es Unterschiede geben. Meist wird ein mittlerer Bildungsabschluss verlangt, oft ein Mindestalter von 17 oder 18 Jahren, in einigen Berufen ein Vorpraktikum. Um einen Ausbildungsplatz muss man sich bei der jeweiligen Schule selbst bewerben. Die Schulen heißen meist Fachschule oder Berufsfachschule; je nach Bundesland gibt es aber auch andere Bezeichnungen wie Berufskolleg oder Fachakademie.

### **Ausbildung**

Die Ausbildung dauert zwischen einem und drei Jahren. Sie wird teilweise ergänzt durch Praktika oder durch ein Anerkennungsjahr. Oft können Schüler und Schülerinnen in einem Wohnheim untergebracht werden. Schulische Berufsausbildungen bieten staatliche Schulen, aber auch Privatschulen, deren Abschlüsse formal nicht immer den staatlichen gleichgestellt sind.

### **Rechtliche Grundlagen**

Für staatliche und staatlich anerkannte Ausbildungen gelten festgelegte Ausbildungspläne. Die meisten schulischen Berufsausbildungen sind durch die einzelnen Bundesländer geregelt. Es kann daher Unterschiede in der Ausbildung zu sonst gleichen Berufen (z.B. Altenpfleger/in oder Erzieher/in) geben. Zuständig sind die Kultusministerien der Länder. Bei einigen Berufen, wie z.B. Krankenschwester/Krankenpfleger, ist die Ausbildung bundeseinheitlich geregelt.

## **Berufsabschlüsse**

Die Ausbildung an staatlichen Schulen führt zu einem Berufsabschluss mit einer staatlichen Abschlussprüfung. Formal gleiche Qualität haben Abschlüsse an Privatschulen, wenn diese staatlich anerkannt sind.

## **Finanzierung**

Für die Ausbildung muss oft Schulgeld gezahlt werden, bei Privatschulen manchmal in beträchtlicher Höhe, bei staatlichen Schulen in der Regel nur für Unterrichtsmaterial. Schülerinnen und Schüler können eine staatliche Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten, wenn sie die persönlichen Voraussetzungen (Einkommensverhältnisse der Familie) erfüllen.

Bei manchen Berufen wird den Jugendlichen eine Ausbildungsvergütung gezahlt (z.B. Krankenschwester/Krankenpfleger). Im Unterschied zu einer betrieblichen Berufsausbildung sind Jugendliche während einer schulischen Berufsausbildung nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert.

## **2.2. Hochschulausbildung**

Darüber hinaus gibt es das Fachhochschulstudium und das Universitätsstudium. Die Hochschulen sind für Personen mit hohen Abschlüssen ausgelegt und beide Studienarten sind sehr Theorie lastig. Die Lehrinhalte eher starr gefasst.

Nach den Projekterfahrungen besuchen eher geringqualifizierte die im Projekt entwickelte Schulung und es ist ein großer Praxisanteil für die Durchführung der Schulung nötig. Daher schließt sich die Ansiedlung der Qualifizierung an den Hochschulen an.

## **3. Vorschlag zur Umsetzung bzw. Etablierung des Konzeptes in Deutschland**

Die Erprobungsphase hat gezeigt, dass die Qualifizierung zur Fachkraft für Elektroaltgeräte nicht unmittelbar in das bestehende Berufsbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren ist, da dies vorwiegend für einen Personen kreis geeignet ist, der entweder über keine oder eine geringe Berufsausbildung verfügt oder von Personen genutzt wird, die dies als Zusatzqualifikation für ihre betriebliche Arbeit nutzen. In dieser Ansicht werden wir auch durch die Diskussion mit den örtlichen Jobcentern bestärkt.

Festgehalten werden muss, dass diese betriebsnahe Fortbildung sich auf zwei Adressatenkreise konzentriert:

- (1) Menschen ohne oder ohne anerkannte qualifizierte Berufsausbildung, die unter Umständen zusätzlich aufgrund von Arbeitslosigkeit sozial benachteiligt sind. (Einstiegsqualifizierung in ein neues Berufsfeld)**

## **(2) Menschen, die voll im Erwerbsleben stehen, aber aufgrund ihrer Tätigkeit diese spezielle Zusatzausbildung benötigen (betriebsbezogene berufliche Fortbildung)**

Für eine Umsetzung dieser beiden Wege ergeben sich für die Praxis jedoch eine Reihe von Szenarien, die eine gewisse Komplexität aufweisen. Dies soll im Folgenden dargestellt werden.

Eine Etablierung des Gesamtkonzeptes ist sehr schwierig, da es schwer eindeutig betrieblichen Anforderungen zuzuordnen ist. Dies liegt daran, da im Grunde sehr viele Bereiche geschult werden sollen, die normalerweise von unterschiedlichen Fachkräften durchgeführt werden. Wie leicht einsichtig ist, kann es sehr schnell zu Überforderungen einer Schulungsperson führen, wenn sie allein diese Aufgaben wahrnimmt, zum anderen auch leicht zu Überforderungen bei den zu Schulenden Personen, weil das Bildungsangebot zu umfangreich ist. Es werden Fähigkeiten in der Verwaltung, in der Lagerarbeit, aus der Transportbranche, Führungsebene, aus dem Technikbereich, aus dem Entsorgungsbereich und zusätzlich soziale Kompetenzen gelehrt.

Das erlernte Wissen ist also sehr breit gefächert, geht jedoch in den einzelnen Bereichen nicht weit genug in die Tiefe, um es als höherwertige Qualifizierung anzubieten. Gleichzeitig ergab die Erprobung, dass aufgrund der Vielfalt für viele niedrigqualifizierte Menschen eine zu hohe Komplexität vorliegt. Gespräche mit Betrieben haben ergeben, dass eher eine deutlich eingeschränkte Fachqualifizierung gewünscht wird.

Wenn die Tiefe der Qualifizierung erhöht wird, könnte die Schulung als Ausbildung angeboten werden. In der jetzigen Form ist eine Nutzung als direkte betriebliche Fort- oder Weiterbildung anzuraten. Um die Weiterbildung möglichst vielen Personen anbieten zu können, ist weiterhin eine modulare Aufteilung anzuraten. So können Menschen aus vielen Bereichen an den Inhalten partizipieren.

Die Sozialkompetenzen empfehlen wir allerdings in jeder Teilqualifizierung anzubieten, da dies eine deutliche Qualitätssteigerung durch erhöhte Anerkennung und Motivation zur Folge haben kann. Gerade in dem Bereich der Niedrigqualifizierten kommen viele Kulturen zusammen und Sozialkompetenzen insbesondere mit interkulturellen Inhalten sind vorteilhaft.

Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen schlagen wir vor, eine Aufteilung der 11 Module in 3 Ausbildungsgänge vorzunehmen, da in der Testphase deutlich wurde, dass viele Teilnehmern Probleme hatten sie Gesamtausbildung gleichermaßen zu erfassen. Es gab eine deutliche Tendenz der Fokussierung bei einzelnen Teilnehmern auf bestimmte Lernfelder, so dass eine individuelle Ausbildung nach Neigungen wünschenswerte Anreize zum Lernen erzeugen wird.

Die 11 Module lauten:

1. Transport von Elektroaltgeräten
2. Lagerung von Elektroaltgeräten
3. Demontieren u. Entsorgen von Elektroaltgeräten
4. Sozialkompetenzen I
5. Sozialkompetenzen II
6. Organisation des Wareneingangs
7. Verwaltung von Geschäftsprozesse
8. Verkauf
9. Akquisition von Waren und Kunden
10. Warenankauf/-annahme
11. Reinigen und Reparieren von Elektroaltgeräten

Die Sozialkompetenzen I und II empfehlen wir auf jeden Fall für jeden der Ausbildungsgänge, da dies für die betriebliche Nutzung unerlässlich zu sein scheint.

**Unsere Empfehlung gilt daher folgende Aufteilung in 3 Bildungsgänge vorzunehmen:**

### **1. Handel und Verwaltung**

- Verwaltung von Geschäftsprozesse
- Warenankauf
- Akquisition von Waren und Kunden
- Verkauf

### **2. Transport und Logistik**

- Warenakquise
- Organisation des Wareneingangs
- Transport von Elektroaltgeräten
- Lagerung von Elektroaltgeräten

### **3. Rekonditionierung und Recycling**

- Demontieren u. Entsorgen von Elektroaltgeräten
- Reinigen und Reparieren von Elektroaltgeräten
- Lagerung von Elektroaltgeräteteilen
- Warenannahme

Jeder der 3 Bildungsgänge ermöglicht es, autark einen Teilbereich zu bearbeiten. Auf Wunsch kann man natürlich auch die Gesamte Qualifizierung durchlaufen.

Es sollte ein Zertifikat am Ende der Qualifizierung geben, damit man zum einen die entsprechenden Kenntnisse nachweisen kann und auch die europäische Arbeitskraftmobilität gewährleistet wird.



Die Qualifizierung ist für Niedrigqualifizierte anzubieten, da die Inhalte der einzelnen Schulungen kein Expertenwissen vermitteln. Eine Ansiedlung auf einem hohen Bildungsniveau wäre auch mit Blick auf die Kosten für den Einsatz der Arbeitskräfte nicht machbar. Durch die hohen Löhne würde bei den derzeitigen Preisen für ein Neugerät das Gebrauchtgerät zu teuer werden.

Bei betriebsnaher Qualifizierung gilt es die Angemessenheit von Kosten und Nutzen zu überprüfen. Unter Umständen schließt der Kostenaspekt (hoher Lohnsatz) eine Ergänzung von bestehenden höherwertigen Ausbildungen (z.B. Ingenieur oder Facharbeiter) aus.

#### **4. Vorschlag zur Finanzierung des Konzeptes in Deutschland**

Vor dem Hintergrund obiger Zielgruppenbestimmung bieten sich in Deutschland im Grunde nur vier Wege der Finanzierung des Konzeptes an:

- (1) Als Finanzierung durch Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter für arbeitslose Personen oder Personen die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; dies setzt eine entsprechende Zertifizierung der Fortbildung zur Fachkraft zur Elektroaltgeräte, bzw. der möglichen Teilqualifikationen voraus.
- (2) Eine Finanzierung für im Erwerbsleben stehende Personen durch den Betrieb; hierzu ist eine Zertifizierung der Fortbildung zur Fachkraft zur Elektroaltgeräte, bzw. der möglichen Teilqualifikationen nicht notwendig, aber unter Umständen wünschenswert.
- (3) Die vorgeschlagenen Bildungsgänge oder eine Kombination daraus kann durch die bekannten Fördermöglichkeiten, wie etwa die Bildungsprämie oder den Weiterbildungsbonus gefördert werden.
- (4) Es ist auch eine Qualifizierung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes möglich.

#### **5. Ausblick**

Generell sollte das Qualifizierungskonzept vor dem Hintergrund des deutschen Berufsbildungssystems zunächst bei unterschiedlichen Institutionen, die entweder im Second Hand Bereich agieren wie z.B. Unternehmen oder Vereine und Verbände oder im Bildungsbereich (Weiterbildung) tätig sind, implementiert werden. Auch könnten die Kammern für die Qualifizierung gewonnen werden und für diese eine Zertifizierung vornehmen, z.B. IHK zertifiziert. Damit hätte die Qualifizierung bundesweit an Qualität und Anerkennung gewonnen und es wäre ein wesentlicher Schritt hin zu einem neuen Ausbildungsberuf getan.

Hinsichtlich eines neuen Ausbildungsberufes gilt es zu prüfen, ob die Inhalte der Qualifizierung an eine bereits bestehende Ausbildung angeknüpft werden können wie z.B. Verkäufer, Einzelhandelskaufmann, um dann dort eine Spezialisierung des Ausbildungsberufes auf Elektroaltgeräte vorzunehmen. Insofern dieses Sinn macht,

gilt es entsprechend anschließend bei den Sozialpartner Vorschläge zur Prüfung, ob ein neuer Ausbildungsberuf initiiert und festgelegt werden soll, vorzulegen und den Prozess einen neuen Ausbildungsberuf zu etablieren, anzuregen.

Der Projektpartner wird die Qualifizierung auch weiterhin anbieten. So werden mit deren Partnerorganisation VILM (Verein zur Integration langzeitarbeitsloser Menschen) in Kooperation mit dem örtlichen Jobcenter Vorplanungen abgeschlossen, um für eine bestimmte Anzahl von Personen via Eingliederungszuschuss für den Arbeitgeber Teilqualifikationen der Fortbildung zur Fachkraft für Elektroaltgeräte durchzuführen.

Außerdem sei darauf verwiesen, dass der Projektpartner mit den Jobcentern weiterhin in Kontakt steht und bei Bedarf zukünftig bei Arbeitsgelegenheiten Teilqualifizierungen vermitteln will. Ein Fokus wird hierbei auf betriebsbezogenen Sozialkompetenzen liegen. Aber auch generell würde es sich anbieten, wenn die Jobcenter eine entsprechende Qualifizierung für Arbeitslose als Maßnahme bei entsprechenden Trägern vermitteln und finanzieren würden.

Des Weiteren bietet sich im Rahmen der Qualifizierung von Bundesfreiwilligen an, die Qualifizierung als modulare Schulungen durchzuführen. Dieses Vorhaben können u.a. alle Träger, die als Einsatzstelle für Bundesfreiwillige fungieren übernehmen. Wobei die Träger einen Bezug zu dem Second Hand Sektor haben sollten